

ALEXANDER KRIWOLUZKY UND ULRICH VOLZ

Der Klimawandel gefährdet die Preisstabilität



Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autoren wieder.

Der Klimawandel ist nicht nur im Bundestagswahlkampf ein allgegenwärtiges Thema. Auch Zentralbanken beschäftigen sich mittlerweile mit den Auswirkungen des Klimawandels. So hat die Europäische Zentralbank im Sommer eine Klimastrategie vorgelegt. Doch kann und darf die Geldpolitik überhaupt etwas gegen den Klimawandel tun? Viele ÖkonomInnen und die meisten Modelle haben darauf eine klare Antwort: nein.

Die Aufgabe der Zentralbank ist es, die Stabilität der Preise zu gewährleisten. Zusätzliche Ziele, die von dieser Kernaufgabe ablenken, zum Beispiel die Verringerung der Arbeitslosigkeit oder die Finanzierung des Staatshaushaltes, könnten potenziell zu einem Anstieg der Preise führen. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der Zentralbank, dass sie die Preisstabilität gewährleisten kann. Ohne Glaubwürdigkeit kann die Zentralbank die Inflation aber nicht ausreichend bekämpfen – ein Teufelskreis.

Aber was ist, wenn der Klimawandel direkte Auswirkungen auf die Inflationsentwicklung hat? In einer Studie, die wir mit weiteren KoautorInnen geschrieben haben, zeigen wir, dass Naturkatastrophen die Preisstabilität im Euroraum signifikant beeinflussen. Das Ergebnis ist überraschend. Zwar haben frühere Studien bereits einen Zusammenhang zwischen Unwettern und Inflation aufzeigen können, aber nur für Entwicklungsländer, die viel öfter und stärker von Fluten, Stürmen und Dürren heimgesucht werden als Europa. Wenn die Preise in Europa jetzt schon von Naturkatastrophen beeinflusst werden, wie stabil sind die Preise dann in einer Welt, in der sich die Erde um mehr als zwei Grad erwärmt hat und Wetterextreme regelmäßig auf der Tagesordnung stehen?

Ein weiteres Resultat der Studie stellt die EZB vor Herausforderungen: Die Effekte auf die Preisentwicklung sind innerhalb des Euroraums nicht einheitlich. Während die Preise in Frankreich und Spanien in Folge von Naturkatastrophen eher ansteigen, geht die Inflation in Deutschland eher zurück. Unabhängig von den Gründen steht die EZB mit intensiver und häufiger auftretenden Wetterextremen vor dem Dilemma divergierender Preisentwicklungen in einer Währungsunion, die ohnehin

mit unterschiedlichen nationalen Inflationsentwicklungen zu kämpfen hat.

Deswegen ist es im Sinne der Preisstabilität, dass sich die EZB Gedanken darüber macht, wie sie einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten kann. Hierbei geht es nicht darum, dass die EZB durch „grüne Geldpolitik“ Investitionen in Klimaschutz finanziert und grüne Anleihen-Kaufprogramme auflegt. Die EZB muss sicherstellen, dass ihre Politikmaßnahmen nicht dem im Europäischen Klimagesetz festgeschriebenem Ziel der EU-Klimaneutralität zuwiderlaufen und dass sie Klimarisiken in ihrer eigenen Bilanz angemessen berücksichtigt.

Zudem muss die EZB als Hüterin der makroökonomischen und finanziellen Stabilität des Euroraums alles tun, um den europäischen Finanzsektor mit den Klimaneutralitätszielen in Einklang zu bringen. Die Politikmaßnahmen der EZB haben eine wichtige Signal- und Lenkungswirkung. Es gibt viele Hebel, die die EZB hierzu in voller Übereinstimmung mit ihrem Mandat nutzen kann. So sollte sie explizite Kriterien für die Klimawirkung („Fußabdruck“) ihrer geldpolitischen Instrumente einführen, die Klima- und Nachhaltigkeitseffekte ihrer Politikmaßnahmen berücksichtigen und die Marktneutralität als Schlüsselprinzip für die Gestaltung der Geldpolitik abschaffen.

Aufsichtsrechtliche Vorschriften für Finanzinstitute sollten an das Ziel der Klimaneutralität angepasst werden. Der Ausweis der Schädlichkeit auf das Klima sollte Teil der Offenlegungspflicht von Unternehmen sein, deren Anleihen von der EZB gekauft oder als Sicherheit akzeptiert werden. Klimabezogene Kriterien müssen auch bei den nichtmonetären Portfolien der nationalen Notenbanken des Euroraums berücksichtigt werden. Die EZB kann das Klimaproblem allein sicherlich nicht lösen, aber ohne eine aktive Rolle der EZB werden wir bei der Netto-Null-Umstellung des Wirtschafts- und Finanzsystems der EU nicht erfolgreich sein.

Ulrich Volz ist Professor für Ökonomie und Direktor des Centre for Sustainable Finance an der SOAS, University of London.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 22. September 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß;
Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Prof. Dr. Dorothea Schäfer

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter